



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

Von Rekord zu Rekord

Der saison-, arbeitstäglichen- und preisbereinigte Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ist in den ersten vier Monaten 2017 – gegenüber dem Vorjahreszeitraum – um 5,1 % gestiegen. Nominal belief sich das Wachstum auf 7,8 %. Im April 2017 verzeichnete das Bauhauptgewerbe den höchsten Auftragseingang seit 23 Jahren. Dass auch die konjunkturellen Rahmenbedingungen weiter stimmen, zeigt die Tatsache, dass das ifo-Institut seine Wachstumsprognose für das laufende Jahr auf 1,8 % und für 2018 auf 2,0 % angehoben hat. Die Bautätigkeit soll laut ifo in diesem Jahr um 3,0 % und 2018 um 3,1 % zulegen. Die Zahl der Beschäftigten werde 2018 auf einen neuen Rekordwert von 44,6 Mio. steigen, während die Zahl der Arbeitslosen auf 2,4 Mio. sinken soll.

Im Boom an morgen denken

Wo Licht ist, ist (meist) auch Schatten: Immer mehr Bauwillige finden derzeit zumindest kurzfristig keine Fachbetriebe mit freien Kapazitäten. Vor allem in den Metropolen sind die meisten Handwerker bis über den Stehkragen ausgelastet. Das trägt aktuell dazu bei, dass erteilte Baugenehmigungen immer öfter in der Warteschleife versauern. Schon im vergangenen Jahr hat die Zahl der erteilten Baugenehmigungen mit 375.400 Einheiten diejenige der Fertigstellungen (277.700) deutlich übertroffen. Unter Einbeziehung der Vorjahre summierte sich der Überhang auf 605.800 genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen. Der überraschende Rückgang der erteilten Baugenehmigungen von Januar bis April 2017 um 9 % ist möglicherweise auch diesem Tatbestand geschuldet. Auch das ifo-Geschäftsklima für freischaffende Architekten hat sich im zweiten Quartal leicht abgekühlt. Abzuwarten bleibt, ob es sich bei diesen Phänomenen um Signale einer nachhaltigen Trendwende handelt. Unverkennbar ist, dass das Bau- und Ausbaugewerbe hierzulande nicht gerade zu den Fahnenträgern bei der betrieblichen Innovation gehört. Einer Studie von Roland Berger zufolge hat sich die Produktivität der Bauwirtschaft zwischen 2000 und 2011 nur um 4,1 % erhöht, die der Gesamtwirtschaft hingegen um 11 %. Die meist kleinen und mittelständischen Betriebe sind folglich gut beraten, schon heute ihre Wettbewerbsfähigkeit für die Zeit nach dem Bauboom zu verbessern. Die Digitalisierung, neue Materialien und Technologien, die Vernetzung auf der Baustelle 4.0 und auf Sicht auch der Roboter-Einsatz eröffnen vielfältige Chancen zur marktgerechten Profilierung und kundennahen Positionierung. Und ganz besonders wichtig: Wer glaubt, sich in der aktuellen Auftragsflut das Verprellen von Stammkunden leisten zu können, wird sich später über deren gutes Gedächtnis wundern.

Steuerversagen im Wahlkampf

Auf geballte Ablehnung ist das SPD-Steuerkonzept für die Bundestagswahl bei den mittelständischen Unternehmen gestoßen. Der DIHK hat darauf hingewiesen, dass es sich bei den meisten Betrieben um Personengesellschaften handele, die von der geplanten Erhöhung der Einkommenssteuer durch investitionsfeindlichen Kapitalentzug betroffen seien. Für massive Verunsicherung sorgt auch der Umstand, dass die Wiedereinführung der Vermögenssteuer beim linken Parteiflügel noch nicht vom Tisch ist. Eine ifo-Studie im Auftrag

des SPD-geführten Bundeswirtschaftsministeriums kommt zu dem Schluss, dass bei einer Wiedereinführung die deutsche Wirtschaft stark schrumpfen und die Arbeitslosigkeit steigen würde. Konkret sei mit 3 % weniger Wachstum, 1 % höherer Arbeitslosigkeit, niedrigeren Investitionen, einer Kapitalabwanderung und zusätzlichen Bürokratiekosten von 1,5 Mrd. Euro zu rechnen.

„Belohnung von Fehlverhalten“

Von interessierter Seite unter der Decke der öffentlichen Wahrnehmung gehalten werden die aus der fortgesetzten Euro-Rettung entstandenen finanziellen Risiken für die deutschen Steuerzahler. Schon 1993 hat der Ökonom Roland Baader in seinem gleichnamigen Buch vor der „Euro-Katastrophe“ gewarnt. Deutschland haftet nicht nur mit für die subventionierten ESM-Kredite für Griechenland, Zypern, Portugal, Spanien und Irland, deren Rückzahlung mittlerweile wohl in den Sternen stehen dürfte. Die Bundesrepublik haftet auch schon heute im Rahmen der Bankenunion für die Sanierung ausländischer Pleitebanken. Außerdem übernimmt sie Ausfallrisiken, die sich aus Draghis Käufen von Schuldverschreibungen überschuldeter Mitgliedsstaaten sowie aus den riesigen Target 2-Verbindlichkeiten ausländischer Zentralbanken gegenüber der Bundesbank ergeben. Der Ökonom Prof. Roland Vaubel, der nach der Bundestagswahl eine Zustimmung von Schäuble und Merkel zu einer gemeinsamen Einlagensicherung erwartet, stellt fest: „Die Belohnung von Fehlverhalten hat fatale Auswirkungen.“ Eine neue Initiative, die von namhaften Volkswirten unterstützt wird, will mit der „Euro-Risiko-Uhr“ die breite Öffentlichkeit für die alles andere als theoretischen Gefahren sensibilisieren. Im Worst Case, also dem Totalausfall eines größeren Euro-Schuldenlandes mit bis zum Zusammenbruch der Gemeinschaftswährung reichenden Kettenreaktionen, stünden – nach Berechnung der Initiative – derzeit bereits 1,389 Billionen Euro deutsche Steuergelder im Feuer. Das übertrifft den Gegenwert von vier Bundeshaushalten.

In der Abwärtsspirale

Die Qualität des deutschen Fernsehangebots bewegt sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – zunehmend unterhalb der qualitativen Null-Linie. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten, die einst als Garanten für die Einhaltung von Mindeststandards wirken sollten, haben sich in eine aussichtslose Abwärtsspirale mit den Kommerzsendern begeben. Getrieben werden die Macher von ARD und ZDF vor allem durch die Tatsache, dass ihnen die jüngeren Zuschauer zunehmend abhandenkommen. Rettung sucht man in der Entwicklung immer neuer Quiz- und Real-TV-Formate, die man getrost als Attacken auf die menschliche Restintelligenz bezeichnen kann. Hier wird so viel Geld investiert, dass man in anderen Bereichen sparen muss. So glaubt man offenbar, das ältere Publikum, dessen man sich sicher zu sein scheint, zunehmend mit Minimalcost und Wiederholungen abspesen zu können. Gäbe es nicht das unselige System der Zwangsgebühren, sondern leistungsabhängige Einnahmen, wäre bei den öffentlichen Anbietern längst das Licht ausgegangen. Es spricht auch nicht für die Überzeugung der Entscheider von der Qualität ihrer eigenen Programme, dass ARD und ZDF einen Teil der mit rigiden Methoden eingetriebenen Gebühren für vergleichsweise läppische, gleichwohl sehr teure Anzeigenwerbung in eigener Sache verbrennen.